



PRESSEMITTEILUNG 15. April 2008

“Unsere Schule ist extrem ungerecht”*
Frühe Einschulung behindert die Karriere

Wer mit sechs Jahren in die Schule kommt, geht seltener aufs Gymnasium als die siebenjährigen Klassenkameraden und holt den Nachteil erst in der zehnten Klasse auf – für viele zu spät

Mit fünf oder sechs Jahren eingeschulte Kinder haben geringere Chancen, später auf das Gymnasium zu wechseln als Jungen und Mädchen, die im Alter von sieben Jahren in die Schule kommen.

Neue Forschungsergebnisse belegen nun, dass sich die zunächst benachteiligten Kinder bis zur zehnten Jahrgangsstufe wieder Vorteile erarbeiten: Nach Erreichen der zehnten Klasse wechseln sie häufiger auf eine höhere Schulform als ältere Mitschüler. Ebenfalls neu ist das Resultat, dass die jüngeren Schüler später mit niedrigeren Gehältern rechnen müssen.

Die kürzlich vorgelegten Ergebnisse einer von der Deutsch-Britischen Stiftung (Berlin, London) geförderten Studie des Wissenschaftlers Patrick Puhani machen zugleich deutlich, dass das deutsche Schulsystem den Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht wird, denn es fördert mit seiner frühen Auslese die reiferen Erstklässer. Puhani, Professor an der Universität Hannover, weist nach, dass die Chancen von Kindern, die auf Grund bestehender Einschulungsregelungen mit sieben Jahren eingeschult werden, um 13 Prozentpunkte höher sind, später auf das Gymnasium zu wechseln.

Andere Wissenschaftler treten schon länger für Änderungen am Schulsystem ein. So sagt Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin: „Unsere Schule ist extrem ungerecht.“ Sie tritt für mehr Durchlässigkeit zwischen den Schularten ein.

Die Soziologin Allmendinger unterstützt damit den Volkswirtschaftler Puhani, der einen Zusammenhang zwischen Einschulungsalter und der Entscheidung für weiterführende Schulen in der zehnten Klasse dokumentiert. Die Nachteile für Schüler durch die Trennung nach der vierten Klasse werden erst in der 10. Klasse wieder wettgemacht – für viele zu spät.

Unterdessen sind Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen dabei, das Alter für die Schulpflicht weiter herunterzusetzen. Berlin, das 2005 die Schulpflicht für Fünf- und Sechsjährige eingeführt hat, zeigt sich nicht mehr so restriktiv wie zu Beginn und zeigt im Einzelfall mehr Flexibilität. Und Schleswig-Holstein wäre gerne Vorreiter bei der Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems. Die große Koalition in Kiel hat beschlossen, bis 2010 Haupt- und Realschulen abzuschaffen und durch Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen zu ersetzen. Während sich in Regionalschulen Kinder ab der siebten Klasse für Haupt- oder Realschulabschluss entscheiden können, eröffnen Gemeinschaftsschulen noch in der zehnten Klasse die Möglichkeit, Richtung Abitur, Real- oder Hauptschulabschluss zu gehen.

Befürworter einer späteren Schulung bekommen Rückenwind aus dem Ausland. In Großbritannien hat eine soeben vom renommierten Institute for Public Policy Research veröffentlichte Studie Politikern empfohlen, Kinder erst mit sieben Jahren einzuschulen. Also das Gegenteil dessen, was ein mehr als zehn Jahre alter Beschluss der deutschen Kultusministerkonferenz fordert: die frühzeitige Einschulung zu begünstigen und die Zurückstellung schulpflichtiger Kinder zurückzuführen.

* Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, in: Süddeutsche Zeitung (Ausgabe 7. April 2008)

Sie können eine englische Zusammenfassung der Studie von Professor Patrick Puhani kostenlos von der Internetseite der Deutsch-Britischen Stiftung heruntergeladen unter <http://www.agf.org.uk/currentprogramme/Outlines/csge%20outlines%20session%20II%20Puhani.pdf>

Die vollständige englische Studie erhalten Sie unter <http://www.agf.org.uk/currentprogramme/Full%20Papers/SchoolEntryAge.pdf>

Weitere Information zur Deutsch-Britischen Stiftung

Annette Birkholz
Presse & Kommunikation

Deutsch-Britische Stiftung
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin
Deutschland

Telefon: 030 2063 4985
Email: ab@agf.org.uk

Weitere Information zu den Ergebnissen der Studie

Winfried Konrad
Pressereferent

Deutsch-Britische Stiftung
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin
Deutschland

Telefon: 030 2063 4985
Email: wk@agf.org.uk



Die Forschungsarbeit ist im Rahmen einer umfassenden Initiative der Deutsch-Britischen Stiftung entstanden, die unter dem Titel **Creating Sustainable Growth in Europe (csge)** verschiedene Forschungsprogramme zur Erarbeitung von Politikvorschlägen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung umfasst. Professor Christian Dustmann koordiniert den Arbeitsbereich „Beschäftigung, Zuwanderung und soziale Gerechtigkeit“.

Nähere Informationen zur Initiative der Stiftung unter: www.agf.org.uk/currentprogramme/CreatingSustainableGrowthInEurope.php